

Die Abstimmung zum Autobahn-Ausbau hat ein deutliches Zeichen gesetzt: Die Schweizer Bevölkerung will die Verkehrswende – jetzt und konsequent. Trotzdem rücken Bundesrat und einzelne kantonale Politiker*innen immer noch nicht von ihren masslosen Autobahn-Ausbauprojekten ab.

Gleichzeitig drohen jahrelange Verzögerungen bei wichtigen Bahnausbau-Projekten und radikale Einschnitte im regionalen Personenverkehr, weil der Bund derzeit einen beispiellosen Sparkurs fährt. Dieser führt direkt in die Sackgasse. Die derzeitige Situation würde verschlimmert – die notwendigen, kostengünstigeren und längst bekannten Lösungen würden verhindert.

Diese Politik gefährdet die Klimaziele der Schweiz und bedroht eine nachhaltige Mobilität, welche allen zur Verfügung steht.

Die VCS-Delegiertenversammlung fordert eine konsequente Neupriorisierung in der Verkehrspolitik. Der Modalsplit muss zugunsten des öffentlichen Verkehrs sowie des Fuss- und Veloverkehrs umgestaltet werden.

Die VCS-Delegierten fordern:

- Keine Verschleuderung von Ressourcen für einen weiteren Anlauf zum Ausbau der Autobahnen: Die finanziellen und personellen Ressourcen der Bundesverwaltung, der Ingenieur*innen und beim Tiefbau sind auf Investitionen für den Bahn- und Tramausbau, rasche Umsetzung von Massnahmen für den Veloverkehr und Verbesserungen für den Fussverkehr zu legen.
- Es braucht einen höheren Bundesanteil an die Agglomerationsprogramme im Bereich öffentlicher Verkehr, Fuss- und Veloverkehr. Die Kantone müssen diese Projekte rascher planen und umsetzen.
- Eine wirksame CO₂-Abgabe auf Flugtickets zum Ausgleich der fehlenden Besteuerung von Flugtreibstoffen. Diese CO₂-Abgabe soll zugunsten des öffentlichen Verkehrs und des Bahninfrastrukturfonds erhoben werden, und um kostengünstigere Alternativen für den internationalen Bahnverkehr (Tag und Nacht) anzubieten.
- Der Bahninfrastrukturfonds ist mit substanziell mehr Mitteln für den Ausbau und Unterhalt des Bahnnetzes auszustatten.

Die VCS-Delegierten sehen dringenden Handlungsbedarf und erwarten von Bund und Kantonen nun ein dezidiertes Vorgehen.

Neuchâtel, 21. Juni 2025